

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Joachim Unterländer

Abg. Eva Gottstein

Abg. Margarete Bause

Abg. Kerstin Schreyer-Stäblein

Abg. Doris Rauscher

Abg. Steffen Vogel

Staatsministerin Emilia Müller

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion**

**"Familienleistungen neu ordnen! Frühkindliche Bildung stärken!"**

(Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, es ist eigentlich kein Zustand, dass von der CSU-Fraktion fast niemand da ist!)

– Herr Kollege, ich habe auf Ihren dringlichen Wunsch hin die Sitzung eröffnet, obwohl ich ähnliche Bedenken hatte wie Sie. Jetzt erteile ich Ihrem Fraktionsvorsitzenden das Wort. – Herr Kollege Rinderspacher, Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Markus Rinderspacher (SPD):** Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, verehrte Kollegen der CSU! Selten war eine Aktuelle Stunde tatsächlich so aktuell wie heute. 240 Minuten nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil von heute Vormittag treten wir hier im Bayerischen Landtag zusammen, um das Ergebnis und die Konsequenzen aus diesem Urteil miteinander zu beraten. Vorweg: Der Verfassungsgerichtshof in Karlsruhe hat das Betreuungsgeld gekippt und für verfassungswidrig erklärt. Er hat unmissverständlich deutlich gemacht, dass nicht der Bund, sondern die Länder für das Betreuungsgeld und für die familienpolitischen Leistungen zuständig sind. Das ist für uns Landespolitiker natürlich im Grundsatz zunächst eine positive Aussage. Heute ist ein guter Tag für den Föderalismus, weil föderale Aufgabenbereiche und Strukturen gestärkt werden. Darüber können wir uns vielleicht sogar ein Stück weit fraktionsübergreifend freuen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das heutige Verfassungsgerichtsurteil blamiert aber auch den Bayerischen Ministerpräsidenten und die gesamte CSU bis auf die Knochen. Offensichtlich wird die Blamage so stark empfunden, dass man in der CSU-Fraktion noch erheblichen Beratungsbedarf hat und deshalb etwas zu spät kommt.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Ach, geh! – Lebhafter Beifall bei der SPD –  
Volkmar Halbleib (SPD): Die CSU ist die personifizierte Lücke!)

Wir verstehen natürlich den erhöhten Beratungsbedarf der CSU-Fraktion. Denn die CSU ist auf Bundesebene mit ihren Kernthemen auf ganzer Linie dramatisch gescheitert, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

"Spiegel online" schreibt heute: "Wie mit einem Tintenkiller wird die christsoziale Handschrift aus zehn gemeinsamen Regierungsjahren mit Angela Merkel gelöscht." Tatsächlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist von Ihrem bundespolitischen Anspruch nicht viel übrig geblieben. Alle Ihre Kernthemen sind in den letzten Wochen plötzlich im Nirwana verschwunden. Das Betreuungsgeld wurde heute gekippt und für verfassungswidrig erklärt, die Ausländermaut vor wenigen Wochen. Herr Dobrindt hatte getönt, alles sei in trockenen Tüchern; die EU-Konformität der CSU-Maut sei mit Brüssel geklärt. Dann aber zeigt sich: Was Herr Dobrindt als Generalsekretär versprochen hat, kann er als Minister nicht halten. So ist es, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wenn blanker Populismus mit voller Wucht auf die Realität knallt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Bei der Maut hatten Sie auf das Kalkül gesetzt, der Europäische Gerichtshof werde irgendwann entscheiden, wenn Herr Seehofer nicht mehr Ministerpräsident ist. Dann sei die CSU fein raus, weil Europa schuld sei. Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, die CSU scheitert nicht an dunklen Mächten, nicht in Berlin, nicht in Karlsruhe und nicht in Brüssel, sondern an ihrer mangelnden Seriosität.

(Beifall bei der SPD)

Nahezu jedes zentrale Projekt der CSU steht mit dem Recht auf Kriegsfuß. Immer wieder gerät die CSU unter Führung von Herrn Seehofer mit dem Rechtsstaat in Kollision. Allein in Bayern hat sie drei Verfassungsklagen verloren: Resonanzstudienaffäre, Fra-

gerecht, Klage der GRÜNEN, Verwandtenaffäre. Zwei weitere Verfassungsklagen stehen an.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CSU gerät mit dem Recht so häufig und regelmäßig in Konflikt wie innerhalb der Europäischen Union sonst nur noch die autoritären Parteien vielleicht in Ungarn und Rumänien.

(Beifall bei der SPD)

Aber auch für die CSU gelten rechtsstaatliche Regeln, und auch für die CSU darf die Politik kein rechtsfreier Raum sein.

Meine Kollegin Doris Rauscher wird gleich noch ausführen, welche familienpolitischen Konsequenzen aus dem heutigen Urteil gezogen werden müssen. Wir sagen, es ergibt keinen Sinn, jetzt ein Betreuungsgeld in Bayern einzuführen, nachdem es im Bund gescheitert ist. Vielmehr muss der Krippenausbau kraftvoll weitergehen, und er muss mit einer Qualitätsoffensive in der frühkindlichen Bildung einhergehen. Es geht außerdem darum, die Öffnungszeiten in den Rand- und Ferienzeiten zu verbessern und den Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Dafür braucht es genügend Fachkräfte, die anständig bezahlt werden. Doris Rauscher wird das gleich ausführen.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle darf ich ankündigen: Wir als Landtags-SPD werden in den nächsten Wochen und Monaten alles dafür tun, dass Familienleistungen in Bayern künftig sinnvoll eingesetzt werden; denn auch wir in Bayern können jeden Euro nur einmal ausgeben. Deshalb sagen wir: Nein zum Betreuungsgeld! Ja zum Kita-Ausbau! Wir als Landtags-SPD werden alles dafür tun, dass dieser Grundsatz in Bayern verwirklicht wird. Wir werden alle demokratischen Möglichkeiten – ich betone: alle demokratischen Möglichkeiten, auch direktdemokratische – prüfen, damit in einer Koalition mit der Be-

völkerungsmehrheit die richtigen familienpolitischen Weichenstellungen vorgenommen werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Joachim Unterländer von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

(Zuruf von der SPD: Der Arme! – Thomas Kreuzer (CSU): Ja, ja! Das werden wir noch sehen!)

**Joachim Unterländer (CSU):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Rinderspacher, es ist unerträglich, wie Sie an dem Willen der Bevölkerung, insbesondere der Familien, im Freistaat Bayern und in der gesamten Bundesrepublik Deutschland vorbeireden.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD)

460.000 junge Familien in der Bundesrepublik, davon weit mehr als 100.000 im Freistaat Bayern, nutzen das Betreuungsgeld. Sie nehmen diese Leistung, deren Gewährung der Herstellung von Wahlfreiheit dient, in Anspruch, weil sie über ihren familiären Weg und damit über die nächsten Jahre ihrer Lebensbiographie selbst entscheiden wollen. Die Herstellung von Wahlfreiheit ist der Schwerpunkt in der Familienpolitik in diesem Land. Das kommt auch in der Koalitionsvereinbarung zum Ausdruck. Von dieser sollten Sie von der SPD sich nicht klammheimlich verabschieden.

(Beifall bei der CSU)

Das Bundesverfassungsgericht hat über die Zuständigkeiten, aber nicht materiell gegen das Betreuungsgeld entschieden. Die Menschen wollen selbst entscheiden, welchen Weg sie im Bereich der frühkindlichen Erziehung und Bildung gehen wollen. Dieser Weg muss offen bleiben. Es ist nicht Aufgabe des Staates bzw. der Politik, da-

rüber zu entscheiden, sondern dies obliegt jedem Elternpaar und jeder Alleinerziehenden. Was den Staat angeht, so sage ich: Hände weg von den Entscheidungen der Familien! Die Familien sollen selbst entscheiden. Das ist auch der Weg der CSU.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Die CSU-Fraktion bekennt sich zum Betreuungsgeld. Wir sind dem Ministerpräsidenten und der Sozialministerin, aber auch unserem Fraktionsvorsitzenden dankbar für die klare Aussage: Das Betreuungsgeld muss weitergeführt werden. Die Bundesmittel für die Weiterführung dieses Weges müssen zur Verfügung gestellt werden.

(Zuruf von den GRÜNEN: Warum?)

- Das ist der Wille der Bevölkerung. So sollten auch wir Politik betreiben.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren von der SPD, ich verstehe Ihre Aufregung überhaupt nicht. Wenn gewollt ist, dass es den Familien gut geht und sie autonom entscheiden können, dann hilft es nicht, wenn von "Rabenmüttern" oder von "Herdprämie" gesprochen wird.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das hat niemand getan!)

– Ich sage das nur generell, gesellschaftspolitisch.

Familien, die das Betreuungsgeld in Anspruch nehmen, dürfen nicht beschimpft werden. Wer das tut, begeht einen schweren politischen Fehler. Solche Aussagen sind gesellschaftspolitisches Gift und dienen nicht der Herstellung gleichwertiger familiärer Lebensbedingungen. Der Streit über den richtigen Weg verhindert ein positives familienpolitisches Klima und eine kinderfreundliche Gesellschaft. Was sollen die Menschen draußen denken, wenn wir uns über Fragen streiten, die die Familien selbst zu entscheiden haben?

(Beifall bei der CSU)

Unsere Familienpolitik ist darauf ausgerichtet, dass Familien in den verschiedensten Bereichen gefördert werden. Es soll aber ihrer eigenständigen Entscheidung überlassen werden, welche Angebote sie in Anspruch nehmen. Zahlreiche Familien haben das Betreuungsgeld in Anspruch genommen; Kollegin Schreyer-Stäblein wird darauf noch näher eingehen.

Ein großes Problem in der Diskussion ist, dass wir zu selten von den Bedürfnissen der Kinder sprechen. Wir alle miteinander reden zu häufig aus Erwachsenensicht und beachten zu wenig, was eigentlich die Kinder in der jeweiligen Situation brauchen. Deren Bedürfnisse und Perspektiven in den so wichtigen ersten Lebensjahren sollten wir viel stärker in den Fokus nehmen. Das muss Priorität in der Familienpolitik haben.

(Beifall bei der CSU)

Das bedeutet auch, dass der Stellenwert der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöht werden muss.

In diesem Zusammenhang sind zwei Skandale zu verhindern: finanzielle Armut von Familien mit Kindern und die Unmöglichkeit, wegen der familiären Situation eine Beschäftigung zu finden. Um den daraus resultierenden Problemen entgegenzuwirken, hatten wir auf die Einführung des Betreuungsgeldes gedrungen. Dem dienen aber auch weitere familienpolitische Leistungen, zum Beispiel das Landeserziehungsgeld.

Lassen Sie uns gemeinsam auf dem bewährten Weg weitergehen – auch durch eine Fortführung des Betreuungsgeldes auf Landesebene. Daran sind wir durch das Bundesverfassungsgericht nicht gehindert worden. Denken wir an die Kinder! Denken wir an die Eltern! Sie von der SPD dürfen sich nicht von diesem Weg verabschieden; denn das ginge zulasten der Kinder und der Eltern. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat die Kollegin Gottstein von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Eva Gottstein (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! "Aller guten Dinge sind drei", sagt man normalerweise. Hier im Bayerischen Landtag gilt in dieser Legislaturperiode eher: Aller schlechten Dinge sind drei – Maut, Trasse, Betreuungsgeld.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei der CSU)

Alle drei sind handwerklich und inhaltlich nicht gut gemacht.

(Zuruf der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU))

– Ich wollte bloß wissen, ob Sie die Maut als Erfolg sehen – das tun Sie ja anscheinend – und ob Sie die Trasse als Erfolg sehen. Es stimmt: Die Trasse kommt nicht oberirdisch – aber sie kommt.

Das Betreuungsgeld wurde heute von höchster Stelle als nicht verfassungskonform gekippt. Wenn Sie das als Erfolg ansehen, dann verstehe ich die Welt nicht mehr.

(Heiterkeit bei den Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) und Markus Rinderspacher (SPD))

Die CSU kann es nicht mehr, das muss man ganz klar sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Die FREIEN WÄHLER streiten nach wie vor nicht ab, dass vieles in unserem Land auf der von Ihnen gesetzten Basis beruht – vielleicht auch deshalb, weil es damals die FREIEN WÄHLER im Landtag noch nicht gegeben hat. Nein, das ist jetzt ein Scherz.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das ist auch kein Verlust!)



– Ob das ein Verlust ist oder nicht, Frau Kollegin Schreyer-Stäblein, das beurteilt dann schon der Wähler. Gott sei Dank!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Man muss ganz klar sagen: Gut gebrüllt, Löwe! Das stammt aus dem "Sommernachts-  
traum". Das hier ist ein Traum, oder man könnte auch sagen: Das stammt aus einem  
Kinderbuch.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das merkt man jetzt gerade!)

Das kennen die Kinder aber vielleicht schon gar nicht mehr, weil sie bei uns nur be-  
treut, aber nicht gebildet werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU)

Die FREIEN WÄHLER haben das Betreuungsgeld von Anfang an abgelehnt; es gau-  
kelt einer Mutter nämlich eine Wahlfreiheit zwischen Berufstätigkeit und dem Zuhause-  
bleiben vor. So etwas ist für 150 Euro im Monat einfach nicht zu haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Lieber Kollege Unterländer, auch wir wissen, dass viele Familien dieses Betreuungs-  
geld in Anspruch nehmen, aber das ist doch noch kein Beweis. Wenn ich nichts Bes-  
seres zur Auswahl habe, dann muss ich natürlich das Schlechtere nehmen. Aber das  
ist doch keine Wahlmöglichkeit!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei der CSU)

Ich muss ganz klar sagen: Ich war auch immer berufstätig, und sicher hätte auch ich  
die 150 Euro angenommen, und zwar für meine Kindermädchen, weil meine Kinder  
nicht in einer Kita betreut worden sind und ich keine staatliche Leistung in Anspruch  
genommen habe. Aber ich war doch berufstätig. Für 150 Euro hätte ich jedenfalls  
nicht zu Hause bleiben können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das ist nicht das Ziel der Sache! – Zuruf des Abgeordneten Josef Zellmeier (CSU))

Wenn Sie eine echte Wahlmöglichkeit für unsere Mütter wollen, dann müssen Sie entweder einen entsprechenden Betrag in die Hand nehmen, sodass es sich um ein Müttergehalt mit Rentenanspruch handelt, oder Sie müssen das Elterngeld ausweiten. Das ist übrigens eine sehr sinnvolle Lösung, weil das Elterngeld an das Gehalt gekoppelt ist. Wir wissen, dass aufgrund des Elterngeldes die Gebärfreudigkeit bei uns gestiegen ist.

Eine weitere Möglichkeit wäre, die 150 Euro für die Mütter, die zu Hause bleiben, direkt in die Rentenkasse einzuzahlen. Später sind wir doch diejenigen, die über die Altersarmut der Frauen jammern. Wir haben doch mit dem Problem zu tun, dass viele Mütter derzeit gar nicht wissen, worauf sie sich mit dem Betreuungsgeld einlassen. Und dann reden Sie von Wahlfreiheit! Die gibt es bei den 150 Euro, wie sie im Moment gezahlt werden, jedenfalls nicht!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Josef Zellmeier (CSU): Was gibt es denn bei euch? - Null!)

"Familienleistungen neu ordnen! – Frühkindliche Bildung stärken!" – So wie die Aktuelle Stunde heute betitelt ist, bedeutet das für uns FREIE WÄHLER: familien- und kinderfreundliche Rahmenbedingungen. Wir brauchen – und dafür hätten Sie Ihre Energie vielleicht eher einsetzen sollen, wenn auch handwerklich etwas geschickter als im Zusammenhang mit dem Betreuungsgeld – endlich ein Familiensplitting,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

wir brauchen noch mehr Hilfe für Alleinerziehende, wir brauchen auch mehr Hebammenhilfe. In der "Süddeutschen Zeitung" war wieder eine Reportage zu lesen, dass die Frauen sich gar nicht mehr trauen, ein Kind zu bekommen, weil man in München keine Hebamme mehr findet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Man muss sich hier schon eine Hebamme suchen, noch bevor man schwanger geworden ist.

Die Hilfen von Hebammen werden zudem für länger benötigt als nur für die Geburt des Kindes. Junge Mütter von heute haben Berge von Erziehungsratgebern und Büchern, weil sie nichts mehr darüber wissen, wie sie mit einem kleinen Kind umgehen sollen; denn die Großfamilie gibt es nicht mehr. Und da helfen die 150 Euro auch nicht weiter.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das nennt man Alltagskompetenz, was wir fordern!)

Die frühkindliche Bildung neu zu ordnen, das heißt für uns aber auch, dass man bei den kleinen Kindern Bildung endlich als Bildung verstehen muss und nicht als Betreuung. Das Fachpersonal muss als pädagogisches Personal angesehen und angemessen bezahlt werden. Das Geld, welches wir jetzt übrig haben, muss in entsprechende Bildungsangebote investiert werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Gerade die Kinder, die es nötig haben – die vielleicht das einzige Kind in der Familie sind oder aus gewissen sozialen Verhältnissen stammen –, brauchen beispielsweise musikalische Früherziehung oder Sportangebote. Es gibt nach wie vor viel zu viele Familien, die solche Angebote nicht finanzieren können.

Der Herr Ministerpräsident wird heute in allen Medien zitiert: In Bayern wird das Betreuungsgeld weitergezahlt.

(Beifall bei der CSU – Josef Zellmeier (CSU): Das ist Familienfreundlichkeit!)

– Ja, aber das zeigt auch sein Demokratieverständnis. – Er braucht kein Kabinett; das ist Ihr Problem.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Er braucht keinen Landtag; das ist auch unser Problem. Ich darf Sie jedoch beruhigen; denn er hat ja auch gesagt: Es wird keine Trasse geben. – Die Trasse gibt es jetzt doch, zwar unter der Erde, aber es ist dennoch eine Trasse. So wird das auch mit dem Betreuungsgeld kommen. Seinen Versprechungen kann man nicht glauben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind natürlich für eine Übergangslösung. Wir wollen nicht die Mütter, die sich jetzt auf das Betreuungsgeld verlassen haben, im Regen stehen lassen.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Frau Gottstein! Könnten Sie sich entschließen aufzuhören?

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

**Eva Gottstein (FREIE WÄHLER):** Herr Bocklet, ich weiß, dass Sie manchmal schon mit unterschiedlichem Maß messen.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

– Doch! Sie haben ja den entsprechenden Applaus. Ich kann Ihnen auch ein Protokoll darüber abliefern, wer alles - -

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Frau Gottstein, ich habe Ihnen das Wort entzogen.

(Beifall bei der CSU)

Frau Gottstein, nur zur Klarstellung: Der Kollege Rinderspacher hat 50 Sekunden überzogen, der Kollege Unterländer 33 Sekunden, und Sie haben 1 Minute und 12 Sekunden überzogen. Da kann man nicht behaupten, dass ich Sie benachteiligt hätte.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Sehr gut!)

Als Nächste hat jetzt die Frau Kollegin Bause das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie darf 20 Sekunden überziehen; das legen wir jetzt schon fest!)

**Margarete Bause (GRÜNE):** Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts war keine Überraschung. Die Richter stellten fest, was zu erwarten war – Zitat –: "Dem Bundesgesetzgeber fehlt die Gesetzgebungskompetenz für das Betreuungsgeld." –Einfach, klar, einstimmig!

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Überrascht von diesem Urteil kann eigentlich nur sein, wer die Grundlagen unseres Föderalismus nicht verstanden hat. Das Bundesverfassungsgericht hat Ihnen von der CSU – die Sie ja angeblich unübertroffene Föderalisten sind – heute eine Lektion in Sachen Föderalismus erteilt.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Schön! – Zurufe von der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Das ist alles ziemlich peinlich für Sie. Das ist die Konsequenz, wenn man unbedingt mit dem Kopf durch die Wand will, wenn man Augen und Ohren vor allen Warnungen verschließt – ja, dann holt man sich eben eine blutige Nase.

Ihre Rechthaberei hat nichts zu tun mit Rechtsstaatlichkeit, das haben Ihnen die Hüter unserer Verfassung heute unmissverständlich klargemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Mit Ihrer Rumpelstilzchen-Politik haben Sie das Bundesverfassungsgericht nicht beeindruckt können, und das ist gut so. Es scheint mittlerweile zum Markenkern der CSU zu gehören, dass Sie rechts- und verfassungswidrige Gesetze durchdrücken. Es

bedarf keiner prophetischen Fähigkeiten, um vorherzusagen: Das nächste Debakel kommt bestimmt. Sie werden es bei der Maut erleben.

Am Scheitern Ihrer Unsinnprojekte trägt kein Bundesverfassungsgericht die Schuld; deswegen sollten Sie sich mit Richterschelte zurückhalten. Daran trägt auch keine Europäische Kommission die Schuld, ebenso wenig die Medien oder der Koalitionspartner. Am Scheitern Ihrer Unsinnprojekte tragen ganz allein Sie selber die Schuld.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das Betreuungsgeld ist für Sie ein Modellprojekt, ebenso wie die Ausländermaut, der Kampf gegen die Stromleitungen und die Windräder. Dieses Modell heißt: Wo CSU draufsteht, ist Unsinn drin.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sie sollten dieses Modell nicht in Serie gehen lassen, Herr Seehofer.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Es ist schon zu spät!)

Ihre Alleingänge sind serienweise gescheitert. Und als Bundespolitiker hat Ihr Einfluss mittlerweile das Niveau Ihrer Werte auf der Beliebtheitsskala der deutschen Ministerpräsidenten erreicht. Sie erinnern sich: Vor Kurzem gab es eine sehr interessante Umfrage im "Stern" zur Beliebtheit aller deutschen Ministerpräsidenten. Wo findet sich der große Horst Seehofer im Ranking der Ministerpräsidenten aller deutschen Bundesländer? – Auf dem vorletzten Platz, knapp vor dem Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt Reiner Haseloff. – Weiter so, gut gemacht!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Je weniger Sie durchsetzen können, Herr Seehofer, desto aufgeregter gebärden Sie sich. Sie erinnern mich wirklich zunehmend an das HB-Männchen aus der Zigarettewerbung der Sechziger- und Siebzigerjahre. Dieses HB-Männchen – manche erinnern

sich gar nicht mehr daran – gehört mittlerweile der Vergangenheit an. Ihr Politikstil gehört auch der Vergangenheit an; Sie haben es nur noch nicht gemerkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie uns das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom heutigen Tag zum Anlass nehmen zu fragen, was Familien im 21. Jahrhundert wirklich brauchen, was sich Familien heute von einer staatlichen Familienpolitik wünschen. - Sie wünschen sich, Kinder und Beruf gut vereinbaren zu können; sie wünschen sich gut ausgestattete Kitas, gut ausgebildete und gut bezahlte Erzieherinnen und Erzieher; sie wünschen sich gleichberechtigte Beziehungen in ihrer Partnerschaft. Sie brauchen keine veralteten Rollenbilder. Sie wünschen sich eine eigenständige Absicherung für beide Partner.

Bayerische Familien brauchen keinen weiteren bayerischen Sonderweg, sondern von Anfang an gute Bildungsorte für ihre Kinder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die gute Nachricht des Tages lautet: Am Ende setzt sich die Vernunft durch, nicht die CSU.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Kollegin Kerstin Schreyer-Stäblein von der CSU das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Überschrift dieser Aktuellen Stunde heißt nicht "Betreuungsgeld", sondern "Familienleistungen neu ordnen!". Das Kabinett hat heute beschlossen, die Familienleistungen neu zu ordnen und das Betreuungsgeld in Bayern weiterzuzahlen.

(Beifall bei der CSU)

Das Bundesverfassungsgericht hat sich in seinem Urteil nicht inhaltlich geäußert,

(Volkmar Halbleib (SPD): Haushaltsrecht des Parlaments! Noch nie etwas davon gehört?)

sondern dazu, wer zuständig ist. Die Länder sind zuständig. Wir werden die Familien, die sich für die Betreuung zu Hause entschieden haben, nicht im Stich lassen, sondern wir werden für diese Familien in Bayern das Betreuungsgeld auch weiterhin zahlen.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin gespannt, wie man dieses Urteil auch mit Blick auf alle anderen familienpolitischen Leistungen interpretieren darf, die Berlin zahlt. Dies wird dann sicherlich eine Auslegungssache sein. Darüber werden wir sicher noch zu anderer Zeit sprechen können.

Gerade wurde angesprochen, dass wir nicht überrascht sein müssen, wie das Urteil ausgefallen ist. Wenn man sich ansieht, wer das Betreuungsgeld für Berlin vertreten hat, ist man wirklich nicht mehr überrascht;

(Lachen bei der SPD)

denn Herr Kleindiek selbst hat die Klage für Hamburg verfasst,

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben Humor, Frau Kollegin!)

ist jetzt aber derjenige, der das Betreuungsgeld verteidigen soll. Das kann man natürlich machen. Ich finde es aber interessant, dass man zunächst dagegen und dann dafür eintreten kann. Das ist ein interessantes Verfahren.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das macht der Ministerpräsident täglich!)

Offensichtlich hat die SPD niemand anderen gefunden; daher hat sie es so gelöst.



(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Methode Seehofer!)

Für uns bleibt die Wahlfreiheit für Familien wichtig. Das eine ist der Krippenausbau, das andere ist das Betreuungsgeld. Wir werden auch weiterhin nicht zulassen, dass die Familien gegeneinander ausgespielt werden. Das System, in dem der Staat zu wissen meint, wie Kinder zu betreuen sind, haben wir längst überholt: Es hieß DDR.

Wir werden der Vielfalt von Familien dann gerecht, wenn wir verschiedene Varianten anbieten:

(Widerspruch bei der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das sind sowohl die Krippe als auch die Tagesmutter und die Familie, die sich entscheidet, zu Hause zu betreuen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann müsst ihr aber mehr bezahlen als 150 Euro! Mit 150 Euro kommen die nicht weit!)

Wir würden gut daran tun, diesen Familien die Möglichkeit zu geben, darüber selbst zu entscheiden.

Das Betreuungsgeld ist ein Erfolgsmodell. Es wurde deutschlandweit 450.000 Mal bewilligt. Eine ganze Menge Menschen haben sich dafür entschieden. Immerhin 73 % der bayerischen Eltern nehmen es an. Wir werden diese Eltern nicht im Stich lassen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Rinderspacher, wir haben keinen erhöhten Beratungsbedarf. Die Beratungen sind heute Morgen, wie ich Ihnen gerade gesagt habe, abgeschlossen worden.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wir werden im Landtag darüber beschließen! Als Parlamentarierin werden Sie mir da recht geben!)

– Selbstverständlich, Herr Rinderspacher. Wenn Sie sich mit diesen Themen so intensiv befasst haben, dann wundert mich aber schon etwas: Ich durfte bei den Koalitions-

verhandlungen mitverhandeln; ich habe dort leider keinen einzigen aus der SPD-Landtagsfraktion getroffen. Deswegen bin ich sehr verwundert, dass Sie sich jetzt hier einbringen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie wissen, dass die SPD dagegen war! – Volkmar Halbleib (SPD): Das spricht für die hohe Qualität der Fraktion!)

Da bekanntlich der Koalitionsvertrag gilt, wissen Sie, dass der Krippenausbau und der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ab dem ersten Jahr mit dem Betreuungsgeld parallel geschaltet sind.

(Zurufe von der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das heißt: Beides gilt, und beides ist mit der SPD vereinbart. Ich gehe davon aus, dass auch Sie sich wie wir an den Koalitionsvertrag halten werden. Das Betreuungsgeld ist klar Bestandteil des Koalitionsvertrags.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ja! Der Koalitionsvertrag sollte vom Verfassungsgericht gekippt werden! – Volkmar Halbleib (SPD): Der Koalitionsvertrag ist in diesem Punkt Makulatur!)

Das heutige Urteil besagt nicht, dass der Inhalt nicht passt; darin wurde nur die politische Zuständigkeit festgestellt.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind zuständig, und wir behalten das bei.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben ein Verständnis von Verfassung!)

Frau Gottstein hat gesagt, 150 Euro seien nicht genug. Das kann ich nachvollziehen, Frau Gottstein. Ich erwarte einen Antrag auf Erhöhung des Betrages. Dann würden wir nämlich genau zu diesem Punkt kommen. Ich finde es interessant, dass Sie sagen, in

Bayern würden die Kinder nur betreut, aber nicht gefördert. Ich erlebe Erzieherinnen und Erzieher, die eine ganz hervorragende Arbeit leisten. Sie fördern die Kinder genau so, wie dies auch Eltern tun.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte Ihnen also sagen, Frau Gottstein: Das, was Sie formuliert haben, geht weit an dem vorbei, was unsere Familien und unsere Erzieherinnen und Erzieher vor Ort leisten. Wir als CSU-Fraktion werden weiterhin für die Vielfalt eintreten, damit Familien für sich entscheiden können, wie sie ihre Kinder großziehen, wie hoch der Anteil der Fremdbetreuung und der Anteil der Selbstbetreuung sein soll. Wir werden uns da von Ihnen auch nicht aufhalten lassen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Frau Kollegin Rauscher von der SPD das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Doris Rauscher (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal vorab, Herr Unterländer: Bitte hören Sie auf, der SPD zu unterstellen, wir würden den Familien nicht die Wahlfreiheit lassen.

(Beifall bei der SPD – Josef Zellmeier (CSU): Es ist aber so!)

Zu Frau Schreyer-Stäblein: Die SPD war auch auf Bundesebene von Anfang an gegen das Betreuungsgeld. Sie wissen, wie Koalitionsverträge ausgehandelt werden. Wir haben jetzt das Urteil und können neu ansetzen. Die SPD wird auch weiterhin dagegen sein, sowohl im Bund – dort hat es sich erledigt – als auch auf Landesebene.

Kolleginnen und Kollegen, heute besteht ein Grund mehr, die Familienleistungen im Freistaat in den Fokus zu nehmen und genau hinzusehen, was sich Familien für sich und für ihre Kinder wirklich wünschen. Wenn man sich die Leistungen ansieht, die Familien beziehen, stellt man fest, dass diese Leistungen sehr stark auf monetäre Dinge

begrenzt sind: Betreuungsgeld, Landeserziehungsgeld, Elterngeld. Wenn man sich aber mit den Familien – und übrigens auch mit solchen, die es noch werden möchten – auseinandersetzt, dann hört man öfter, dass sie gute Rahmenbedingungen für die Betreuung ihrer Kinder zur Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit, eine echte Wahlfreiheit und ein modernes Familienbild möchten.

Familienleistungen müssen an die Lebenswirklichkeiten der Familien angepasst werden. Diese haben sich in den vergangenen Jahren stark verändert.

Sie haben sich hinsichtlich der Familienstrukturen verändert. So haben wir zunehmend Familien mit Paaren ohne Trauschein, und wir haben einen steigenden Anteil alleinerziehender Männer und Frauen. Wir haben einen rückläufigen Anteil von Ehepaaren – das ist nun einmal so -, und wir haben einen Anstieg der Zahl von eingetragenen Lebenspartnerschaften. Auch dort findet Familie statt.

Verändert haben sich auch die Bedürfnisse und Ansprüche der Väter und Mütter, die sich für Familie entschieden haben. Sie möchten weg von der klassischen Rollenverteilung und dem einseitigen Ernährermodell; sie wollen weg von dem Familienklassiker der CSU und hin zu echter Partnerschaft mit gleichberechtigten Chancen für sich persönlich und auch beruflich.

In einer Allensbach-Umfrage gaben über 50 % der Befragten an, dass es ihnen wichtig sei, dass beide Partner eine gute berufliche Perspektive haben. Gute berufliche Perspektive heißt dabei auch, dass die Frau nicht automatisch mit der Geburt des Kindes ihre Berufstätigkeit aufgeben oder eine Teilzeitarbeit ausüben muss, wie es heute noch die Regel ist; denn dadurch verringern sich das Einkommen und, wie Ihnen allen bekannt ist, auch die Rentenansprüche. Damit schlägt die Falle der Altersarmut zu.

Gerade Frauen haben oftmals keine guten Aussichten am Arbeitsmarkt, weil die richtigen Rahmenbedingungen fehlen und es beim Spagat, Beruf und Familie zu vereinbaren, an allen Ecken und Enden zwick, sodass sich die Frau gegen die Berufstätigkeit

entscheidet. Echte Vereinbarkeit von Beruf und Familie kann es nur dann geben, wenn die Rahmenbedingungen angepasst und die Familienleistungen wirklich neu geordnet werden. Ich denke zum Beispiel an einen familienfreundlicheren Arbeitsmarkt mit flexibleren Arbeitszeitmodellen für Berufstätige und an Wiedereinsteigerprogramme für junge Eltern; ich denke an die Unterstützung von Familien durch Familienstützpunkte, in denen Familien Hilfe in allen Lebenslagen und bei Problemen in ihrer Lebenssituation bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Von einem flächendeckenden Ausbau solcher Stützpunkte sind wir in Bayern noch weit entfernt. Ich denke an das Familiensplitting und ganz zentral an die Schaffung eines guten Angebots an Kindertagesbetreuung. Den Eltern ist mittlerweile sehr wichtig, dass ihre Kinder, wenn sie sie außer Haus geben, qualitativ wirklich hochwertig betreut werden, damit sie ihre Kinder nicht mit schlechtem Gewissen abgeben müssen. 41 % der Eltern mit Kindern unter drei Jahren wünschen sich laut einer Studie einen Betreuungsplatz für ihre Jüngsten. Momentan liegen wir bei einer Betreuungsquote von 28 %. Da gibt es also einen Nachholbedarf.

Noch immer tut sich die Staatsregierung schwer, die Wünsche und Forderungen für neue Lebensentwürfe von Familien anzuerkennen. Nach wie vor fehlen uns Plätze, und es fehlt vor allem bei den Kinderkrippen an der notwendigen Entwicklung der Qualität. 150 Euro sind kein wirklicher Anreiz, Kinder mit der eigenen Lebensplanung in Einklang zu bringen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Überdenken Sie das bitte, bevor wir hier im Hohen Haus noch einmal darüber beschließen. Ich hoffe auf die Vernunft einiger CSUler, vor allem von CSUlerinnen - denn oftmals betrifft es die Frauen -, damit wir am Ende hier im Parlament eine andere Position einnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Übrigens: Bei einer Umfrage der Heinrich-Böll-Stiftung gaben 54 % aller Befragten an, sie würden es begrüßen, wenn durch Abschaffung des Betreuungsgeldes frei werdende Steuergelder in andere familienpolitische Leistungen fließen würden.

(Zuruf von der CSU)

- Spitzen Sie Ihre Ohren! – Ganz oben auf der Prioritätenliste stand die Verbesserung der Qualität in der Kindertagesbetreuung. Das sollte uns ein Signal sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben uns hier im Hohen Haus schon oftmals darüber unterhalten, wie wichtig eine hohe Qualität in der frühkindlichen Bildung ist. Wir wissen, wie wichtig diese gerade auch für Kinder mit einer anderen Muttersprache als Deutsch ist, wie wichtig vor allem eine sprachlich hochwertige Begleitung für ihre Entwicklung ist. Das gilt für Kinder mit sprachlichen Defiziten im Allgemeinen, aber auch für Kinder aus sozialen Brennpunkten. Denen müssen wir die Gelegenheit bieten, das Angebot der frühkindlichen Bildung zu nutzen. Das wäre ein guter Sockel für die weitere Entwicklung ihrer Bildungsbiografie.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind uns eigentlich auch einig, dass dazu sowohl eine bessere finanzielle Ausstattung der Kitas als auch eine ausreichende Anzahl von Fachkräften und von ausreichend bezahlten pädagogischen Fachkräften gehört, womit sich auch eine bessere Kind-Erzieher-Relation ergibt.

Eine qualitativ hochwertige und ausreichende Ausstattung mit Kinderkrippenplätzen trägt übrigens auch zur Erhöhung der Geburtenquote bei. Das darf man nicht unterschätzen. Das ifo-Institut hat belegt: Steigt die Zahl der Betreuungsplätze um 10 %, dann steigt die Geburtenrate um 2,8 %. Außerdem steigt die Zahl der Frauen, die ein zweites oder ein drittes Kind bekommen möchten. Bei einer Ausbausteigerung um 10 % steigt die Wahrscheinlichkeit, ein zweites Kind zu bekommen, um 4 %, die Wahr-

scheinlichkeit, ein drittes Kind zu bekommen, um 7 %. Also auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass eine Optimierung der Strukturen notwendig ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir könnten damit dem demografischen Wandel und dem Rückgang der Geburtenzahlen stärker entgegenwirken. Doch dazu brauchen wir einen wirklich bedarfsgerechten Kita- und Krippenausbau mit passgenauen Öffnungszeiten, wie mein Kollege Markus Rinderspacher bereits erwähnt hat, mit einer Betreuung in den Rand- und Ferienzeiten und mit einer hohen Qualität.

Das Urteil aus Karlsruhe und die Diskussionen darüber sind in meinen Augen ein Wink mit dem Zaunpfahl und eine gute Gelegenheit, noch einmal genau hinzuschauen, was gewünscht wird und was nicht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, verzichten Sie nach der Abschaffung des Betreuungsgeldes auf Bundesebene bitte auf die Wiedereinführung auf bayerischer Ebene.

(Beifall bei der SPD)

Echte Wahlfreiheit für Männer und Frauen muss gesellschaftlich akzeptiert werden, egal ob sie ihre Kinder zu Hause betreuen, wie das übrigens in der Vergangenheit auch der Fall war, oder ob sie sich dafür entscheiden, ihre Kinder in eine öffentlich geförderte Einrichtung zu geben.

Ich bin dankbar dafür, dass die SPD auf Bundesebene mit Manuela Schwesig richtige Impulse gegeben hat. Ich nenne als Stichworte Elternzeit und ElterngeldPlus. Genau solche Impulse brauchen wir auch auf bayerischer Ebene. Dazu fordere ich die Bayerische Staatsregierung auf; denn viele junge Eltern wünschen sich Beruf und Familie nicht hintereinander, sondern miteinander, also gleichzeitig. Das Betreuungsgeld in Form der 150-Euro-Prämie für den Verzicht auf die Kita ist kein familienpolitisch sinnvolles Instrument.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Die SPD-Fraktion fordert eine moderne Familienpolitik. Wir fordern, das umzusetzen, was sich Familien heute wünschen. Genau dafür trete auch ich ein. Ich bin den SPD-Fraktionen auf Landesebene und auf Bundesebene dankbar dafür, dass sie dies fordern.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Frau Kollegin. – Als nächster Redner hat der Kollege Steffen Vogel von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Steffen Vogel (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CSU sagt Ja zu einer bestmöglichen, pädagogisch hochwertigen Betreuung. Die CSU-Fraktion sagt aber auch Ja zum Betreuungsgeld.

(Beifall bei der CSU)

Werte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Sie erwecken den Eindruck, als gebe es nur das eine oder das andere. Bayern beweist aber kraftvoll, dass beides möglich ist.

(Doris Rauscher (SPD): 180 Millionen Euro!)

Das kann man an Folgendem erkennen: Kein anderes Bundesland hat so viel eigene Mittel für den Ausbau von Krippenplätzen für Kinder unter drei Jahren eingesetzt wie Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Wir sprechen von Bundesmitteln in Höhe von 430 Millionen Euro. Wir sprechen von 954 Millionen Euro an Landesmitteln. Kein anderes Bundesland hat so viel eingesetzt.



Daran sieht man: Die Zahl der betreuten Kinder unter drei Jahren ist von 32.000 im Jahr 2005 auf über 103.000 im Jahr 2014 gestiegen. Das ist eine Steigerung um mehr als 215 %. In Bayern stehen nach wie vor 110.000 Plätze zur Verfügung. Weitere werden gebaut. Der Rechtsanspruch in Bayern ist erfüllt. Die große Klagewelle blieb aus. Das ist ein Erfolg bayerischer Bildungs- und Familienpolitik, den wir uns von Ihnen nicht zerreden lassen.

(Beifall bei der CSU)

Kein anderes Flächenland gewährt bei der Kinderbetreuung größere Unterstützung als der Freistaat Bayern. 53 % der Kosten für die Kinderbetreuung werden vom Freistaat bezahlt. Der Durchschnitt in den anderen Ländern in Deutschland liegt bei 39 %.

(Beifall bei der CSU)

Als einziges Bundesland fördern wir nach oben. Das ist eine freiwillige Leistung ohne Deckelung. Das bedeutet, wenn die Anträge kommen, wird alles finanziert. Das ist in Deutschland einzigartig. Auch das lassen wir uns von Ihnen nicht schlechtreden.

(Beifall bei der CSU)

Im Jahr 2005 lag die Förderung noch bei 560 Millionen Euro. Heute liegt sie bei 1,3 Milliarden Euro. Das ist eine Steigerung von über 701 Millionen Euro oder um 125 %. Wir fördern und investieren weiter in unsere Kinderbetreuung. Nach der Maxime "Qualität vor Kostenfreiheit" investieren wir für unsere Jüngsten in Bayern und haben die beschlossene Beitragsentlastung zurückgenommen. Wir investieren im Jahr 2015 126 Millionen Euro mehr in die bayerischen Kindertagesstätten, wobei der kommunale Anteil bei 63 Millionen Euro liegt. Das ist ein tolles Ergebnis, mit dem die SPD und die anderen Oppositionsparteien überhaupt nichts zu tun haben.

(Beifall bei der CSU)

Das ist auch ein starkes Signal an die Eltern in Bayern. Noch nie waren die Betreuungsmöglichkeiten in Bayern besser als heute.

(Doris Rauscher (SPD): Zum Glück! Wir haben lange darauf gewartet!)

Der Mindestanstellungsschlüssel wurde von 1 : 12,5 auf 1 : 11,5 und 1 : 11,0 abgesenkt. Der Durchschnitt liegt in Bayern bei 1 : 9,12.

(Volkmar Halbleib (SPD): Bei euch war das noch sozialistisches Teufelszeug! Vor 15 Jahren haben Sie das alles abgelehnt!)

Damit liegen wir in Bayern vor Brandenburg, vor Hamburg, vor Hessen, vor NRW und vor Mecklenburg-Vorpommern, wo Ihre Bundesfamilienministerin herkommt.

(Beifall bei der CSU)

Bei uns liegt der Durchschnitt bei 1 : 9,12. In Mecklenburg-Vorpommern liegt er bei 1 : 14,9. Mecklenburg-Vorpommern ist damit das Schlusslicht in Deutschland. Frau Schwesig hätte vielleicht dort einmal ihre Hausaufgaben machen sollen, bevor sie uns vorschreibt, wie wir unsere Familien zu fördern haben.

(Beifall bei der CSU)

Mir ist vollkommen klar, warum die anderen Bundesländer das Betreuungsgeld nicht wollen. – Sie brauchen das Geld, um die eigenen Aufgaben der Kinderbetreuung zu bewältigen. Die anderen Bundesländer haben nichts drauf außer Zahnbelag. Sie können nicht in ihre Kinderbetreuung investieren und wollen jetzt die Mittel des Bundes, die für das Betreuungsgeld vorgesehen sind, um damit ihre Betreuung auf ein höheres Niveau zu heben.

Wir sagen Ja zum Landesbetreuungsgeld. Wir stehen dazu. Wir fordern vom Bund eindringlich, dass uns dieses Geld zur Verfügung gestellt wird, damit wir in diesem Hause ein Landesbetreuungsgeld beschließen können. Die CSU-Fraktion wird dies tun.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage Ihnen: Für uns steht die Maxime der Liberalitas Bavariae vor der Zwangsbe-  
glückung nach der linken Ideologie. Frau Gottstein hat heute gesagt - ich zitiere -: Die  
CSU kann es nicht. Frau Bause sagte: Wo CSU draufsteht, ist Unsinn drin.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN –  
Harry Scheuenstuhl (SPD): Bravo!)

Ich sage Ihnen eines: Dieses Land wird seit über 50 Jahren von der CSU regiert.  
Weder die SPD noch die GRÜNEN noch die FREIEN WÄHLER haben in diesem Land  
je Verantwortung getragen. Das hat diesem Land nicht geschadet, sondern das hat  
ihm gutgetan!

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Pfeifen im Walde!)

Frau Bause hat sich Sorgen um das Ranking unseres Ministerpräsidenten Horst See-  
hofer gemacht. Dieses Ranking ist darauf zurückzuführen, dass er die bayerischen In-  
teressen eindrucksvoll vertritt.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Sie sind der Steigbügelhalter, der Hilfgeselle antibayerischer Politik. Wenn es nach  
Ihnen ginge, hätten wir Monstertrassen. Wer klagt denn gegen den Länderfinanzaus-  
gleich, und wer hat gegen diese Klage gestimmt? – Sie vertreten keine bayerischen  
Interessen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie müssen  
fragen, wer den Länderfinanzausgleich auf den Weg gebracht hat: der Stoiber!)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege, darf ich Sie an die Zeit erin-  
nern?

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Abdrehen! – Weitere Zurufe von der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

**Steffen Vogel (CSU):** Abschließend sage ich Ihnen: Die bayerischen Eltern können sich darauf verlassen:

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege, Sie haben Ihre Zeit überzogen.

**Steffen Vogel (CSU):** Das Landesbetreuungsgeld wird kommen. Bayern wird damit wieder einmal beweisen, dass es das Familienland Nummer eins ist. Danke schön.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat nun Frau Staatsministerin Emilia Müller das Wort. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

**Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war mir heute ein echtes Bedürfnis, hier ins Plenum zu kommen. Ich darf Ihnen sagen: Als Sozialministerin stehe ich absolut hinter dem Betreuungsgeld.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Es bleibt Ihnen auch nichts anderes übrig!)

Nach dem heutigen Urteil des Bundesverfassungsgerichts liegt die Zuständigkeit für das Betreuungsgeld nicht beim Bund, sondern bei den Ländern. Entscheidend ist aber: In der Sache rüttelt das Bundesverfassungsgericht nicht am Betreuungsgeld.

(Beifall bei der CSU – Thomas Gehring (GRÜNE): Es hat sich gar nicht damit befasst!)

Die Zuständigkeit wechselt, unser Anliegen aber bleibt: Eltern sollen die Kinderbetreuung in der von ihnen gewählten Form auch ermöglicht bekommen.

Unser Grundgesetz sieht vor: Allein die Eltern entscheiden, was das Beste für das Kind ist, und nicht der Staat. Der Staat hat diese Entscheidung nicht nur zu akzeptieren; er hat die Aufgabe, die Eltern zu unterstützen. Das kann er am wirksamsten, wenn er Alternativen bietet. Deshalb liegt es auf der Hand: Wenn die Länder zuständig sind, muss der Bund den Ländern die eingesparten Mittel in vollem Umfang zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CSU – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Jawohl!)

Ich sage ganz klar: Die Mittel müssen den Aufgaben folgen. Denken Sie doch einmal nach: Mit dem Betreuungsgeldgesetz aus dem Jahr 2012 hat sich der Bund politisch entschieden, die Wahlfreiheit der Familien im Lande zu stärken. Das war eine klare politische Willensbekundung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Willensbekundung halten wir fest.

(Beifall bei der CSU)

Die Wahlfreiheit der Eltern ist das Markenzeichen der bayerischen Familienpolitik. Für uns steht deshalb fest: Bayern wird an den Erfolg des Bundesbetreuungsgeldes anknüpfen. Wir werden das Betreuungsgeld auf Landesebene fortführen und die Wahlfreiheit der Eltern stärken. Wahlfreiheit ist doch das, was die Eltern wirklich wollen, und keine eingegrenzte Möglichkeit.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben ein klares Mandat der Eltern und der Familien. Über 73 % der Familien mit ein- oder zweijährigen Kindern nehmen in Bayern das Betreuungsgeld in Anspruch. Das sind über 100.000 Familien. Das ist doch eine unglaubliche Anzahl. Auf der Bundesebene sind es 455.000 Familien. Diese Familien brauchen einen Vertrauensschutz und Verlässlichkeit. Die Erfahrung zeigt, dass die Eltern das Betreuungsgeld annehmen und dass dieses Betreuungsgeld für die Eltern

wichtig ist. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Opposition, frühkindliche Bildung beginnt doch nicht erst in der Krippe. Frühkindliche Bildung beginnt zu Hause.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ach was?)

Die Familie ist der erste und wichtigste Bildungsort.

(Beifall bei der CSU)

Dort wird das Fundament zur Persönlichkeitsentfaltung gelegt; das wissen wir doch alle.

(Volkmar Halbleib (SPD): Allgemeinplätze! )

Gerade für ein- und zweijährige Kinder kommt es vor allem auf eine verlässliche Beziehung an.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Was? Echt?)

Gefragt sind besonders die Eltern und Bezugspersonen im familiennahen Umfeld.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist jetzt eine ganz neue Erkenntnis! Das ist mir neu! Wahnsinn! Ich habe fünf Kinder! Was Sie hier sagen, ist mir neu!)

- Ich habe auch Kinder. Jetzt hören Sie mir doch mal zu. - Ob einem Kind ergänzend die Krippe guttut, hängt vom Entwicklungsstand des Kindes ab.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das hätte ich jetzt nicht gedacht, dass das so wichtig ist!)

Eltern wollen das Kind dann in die Krippe geben, wenn das Kind in der Lage ist, in der Krippe zu bleiben.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Mit einer solchen Erkenntnis wird man Ministerin!)

Deshalb gibt es keinen allgemeingültigen Zeitpunkt für den Beginn eines Krippenbesuchs. Deshalb ist die Annahme falsch, nur die Krippe fördere Bildungschancen.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Das sagt doch gar niemand!)

Schauen Sie sich doch einmal an, wie die Wirklichkeit aussieht.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): So ein Schmarrn!)

Viele Eltern wollen das erste Wort, den ersten Schritt des Kindes selber erleben.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Jawohl! Deswegen brauchen sie Betreuungsgeld?)

Sie wollen bewusst Familienzeit nehmen. Sie wollen sich bewusst Zeit für das ein- und zweijährige Kind nehmen.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Das ist doch gut! Darum geht es doch gar nicht!)

Das ist eine wertvolle Zeit für die Kinder, aber auch für die Eltern. Für Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, bedeutet Wahlfreiheit anscheinend nur eines: die Entscheidung für die Kita.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wie kommen Sie darauf? – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wahnsinn!)

Das ist ein Politikverständnis über die Köpfe der Familien hinweg.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Das ist CSU-Logik!)

Im zweiten Lebensjahr eines Kindes entscheiden sich nur knapp 30 % der bayerischen Eltern für die Krippe; im dritten Lebensjahr sind es dann etwa 50 %. Die Zahlen sprechen für sich. Wahlfreiheit bedeutet für uns deswegen zum einen finanzielle Unterstützung wie das Betreuungsgeld. Das Betreuungsgeld ist eine Anerkennung für die Eltern und gleichzeitig die Förderung der Kinderbetreuung nach ihren Vorstellungen.

Meine Vorredner haben es angesprochen. Die Staatsregierung hat zum anderen schon bislang massiv in den Ausbau und in die Qualität der Kinderbetreuung investiert und wird das auch weiter tun. Wir wollen in der Zukunft weiterhin qualifizierte Fachkräfte unterstützen, die unsere Kinder nach dem Bildungs- und Erziehungsplan fördern.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Der Bildungs- und Erziehungsplan, der nicht finanziert ist!)

Wir investieren im Jahr 2015 über 1,5 Milliarden Euro in die Kinderbetreuung.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wahnsinn!)

Alle Eltern, die das möchten, sollen einen Krippenplatz für ihr Kind unter drei Jahren bekommen. Eltern sollen sich nach ihren individuellen Vorstellungen entscheiden können. Die Staatsregierung gestaltet Familienpolitik für alle Familien. Wahlfreiheit heißt deshalb für uns, Elternwünsche ernst zu nehmen und Vielfalt zu ermöglichen. Wir fördern Familien, die familien- und kinderfreundliche Gesellschaft und das Bekenntnis zum Kind. Dazu brauchen wir auch in Zukunft das Betreuungsgeld.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Mehr als in anderen Bundesländern! Das fehlt noch!)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Frau Staatsministerin. Wir wünschen Ihnen weiterhin gute Genesung. Danke, dass Sie da waren.

(Allgemeiner Beifall)

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.